



Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt

Liebe Leserinnen und Leser von ProAlter,

im letzten Heft von ProAlter ging es um das Thema der „Missstände“ in der Langzeitpflege. Auch dort kam die Frage bereits auf, ob es signifikante Unterschiede zwischen privatwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Trägern gibt. Die Antwort – so die internationale Literatur – lautet „ja“: Im Durchschnitt schneiden die Non-for-Profit-Unternehmen besser ab, aber es gibt eine gewisse Heterogenität. Dennoch stellt sich die Frage, ob wir grundsätzlich in Feldern der sozialen Daseinsvorsorge nicht stärker als bislang die Gemeinwirtschaft (in öffentlicher, freigemeinnütziger und in genossenschaftlicher Hand) gegenüber der Privatwirtschaft (vor allem in Form transnationaler Kapital-Anleger-Modellen) fördern sollten.

Wir wollen uns mit dem vorliegenden Heft von ProAlter diesem Thema der Politischen Ökonomie stellen. Der dringliche und ohnehin weitgehend blockierte Umbau der Versorgungslandschaften im Sozialraum ist keine rein leistungsrechtliche Fragestellung, sondern wirft Fragen des Wirtschaftsorganisationsrechts auf.

Wie soll der soziale Gewährleistungsstaat die Angebotslandschaft vertragsrechtlich steuern? Wer soll unter welchen Bedingungen unter Vertrag genommen und somit die Leistungserstellung im öffentlichen Auftrag erledigen? Warum sollte die gemeinwirtschaftliche Bindung nicht zu den konditionalen Kriterien im Rahmen eines selektiven Kontrahierungsgeschehen einer sozialraumbildenden kommunalen Daseinsvorsorge gehören können?

Solche Ideen dürfen nicht tabu sein. Marktwettbewerbsordnungen sind kein Selbstzweck, sondern sollen dem gelingenden Lebenslauf der Menschen dienen. Die Gesellschaft hat die Verantwortung, mit Mut neue (alte) Ideen über alternative Wege zum Universalismus der „Alles durch Markt“-Lösungen nachzudenken. Vielleicht regt das vorliegende Heft von ProAlter dazu an?

Ihr **Frank Schulz-Nieswandt**

Federführender Herausgeber von ProAlter